

Mitteilungsvorlage		Drucksachen-Nr : X-MV/2024/008
Kreisausschuss	nicht öffentlich	06.03.2024
Kreistag	öffentlich	07.03.2024

Tagesordnungspunkt

Antwort des Niedersächsischen Kultusministeriums zur zukunftsfähigen Ausgestaltung der Finanzhilfe für Kindertagesstätten

Sach- und Rechtslage:

Der Landkreis Aurich und die kreisangehörigen Kommunen haben 2023 eine neue KiTa-Vereinbarung geschlossen. Ein wesentliches gemeinsames Thema war die unzureichende finanzielle Beteiligung des Landes Niedersachsen an den Betriebs- und Personalkosten in Kindertagesstätten. Die Prämbel zur neuen KiTa-Vereinbarung formuliert als gemeinsames Ziel, dass sich Landkreis und kreisangehörige Kommunen beim Land Niedersachsen für ein tragfähiges und zukunftsorientiertes Modell der KiTa-Finanzierung einsetzen.

Der Landkreis und der Kreisverband des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes haben sich mit einem gemeinsamen Schreiben vom 22.11.2023 an Frau Kultusministerin Willie-Hamburg gewendet. Das gemeinsame Schreiben weist insbesondere auf folgende wesentliche Faktoren zur KiTa-Finanzierung hin:

- Die Erhöhung der Jahreswochenstundenpauschale um 1,5% gegenüber dem Vorjahr (§ 21 DVO-NKiTaG) liegt deutlich unterhalb der Tarifsteigerungen im TVöD.
- Der Einstieg in die Förderung von Drittkräften in Kindergartengruppen durch das Land Niedersachsen sollte bereits vor dem 01.08.2027 erfolgen. Die Drittkräfte sind notwendig um gerade in den ländlichen Gemeinden Ausfallzeiten und tageweise KiTa-Schließungen zu vermeiden.
- Personalkosten für notwendige Vertretungskräfte werden in der Finanzhilfe des Landes Niedersachsen bisher nicht berücksichtigt.
- Der Finanzhilfesatz für Hortgruppen wurde im Rahmen der KiTa-Reform 2018 nicht erhöht und liegt noch immer bei nur 20%.
- Unzumutbar lange Abrechnungszeiträume der Finanzhilfe des Landes verlangt eine teils jahrelange Vorfinanzierung durch die Städte und Gemeinden und erschwert so auch eine ordnungsgemäße Haushaltsbewirtschaftung.
- Als Folge von Krieg und weltweiten Krisen ist eine zunehmende Zahl von Kindern mit Fluchterfahrung zu betreuen. Verbunden auch mit der Sprachproblematik führt dies zu erheblichen personellen Mehrbedarf in den Kindertagesstätten.

Am 15. Februar 2024 ging das Antwortschreiben von Herrn Staatssekretär Marco Hartrich ein. Der Staatssekretär berichtet über die Bitte des Landtages an die Landesregierung, in den nächsten 5 Jahren gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Konzept für eine Reform der Finanzhilfe zu erarbeiten. Kurzfristige Veränderungen werden jedoch nicht in Aussicht gestellt.

Erstellungsdatum: 04.03.2024	Unterschrift In Vertretung gez. Dr. Puchert
---	--

Anlagenverzeichnis:

Anlage 1: Gemeinsames Schreiben LK und NSGB Kreisverband

Anlage 2: Antwortschreiben Niedersächsisches Kultusministerium

